

Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Str. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr mittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 32

Graz, September 1927

1. Jahrgang

Die Profite der Puchwerke U. G.

Seit der Auffassung der Autoerzeugung hat sich die Firma Puch auf Motorräder spezialisiert. Der Arbeiterstand wurde bis auf 550, der Stand der Beamten auf 100 herabgesetzt, wobei die Firma mit besonderer Spitzfindigkeit dafür sorgte, daß der Betrieb von kommunistischen Arbeitern gereinigt wurde. Das Fließband wurde eingeführt und dadurch die Ausbeutung der Arbeitskraft aufs äußerste gesteigert. Darüber gibt der Jahresabschluss für das Jahr 1926 einen klaren Beweis, wie vorliegende Tabelle zeigt:

	In den Jahren 1925	1926
Rohgewinn ohne Vortrag	S 815.000	1050.000
Darun die Ausgaben abgezogen:		
Generalunkosten	S 443.000	595.000
Steuern und Gebühren	39.000	42.000
Abschreibungen	161.000	118.000
Zinsen	90.000	208.000
	S 733.000	963.000

Verbleibt ein Reingewinn von S 85.000 88.000 oder in Kronen ausgedrückt

Millionen 850 880

Dieser Ausweis verschweigt aber mehr als er sagt. Die Ausgaben die hier aufgezählt werden, verbergen sicherlich ein ganz nettes Sämmchen, das eigentlich keine Ausgabe ist, sondern in die Taschen der Aktionäre fließt. Die Bilanz ist eben für die Öffentlichkeit freigegeben. In Wahrheit wird also der Jahresreingewinn der Firma Puch weit größer als 850.000,000 Kronen oder 85.000 Schilling sein. Bleiben wir aber bei den Ziffern, welche von der Direktion veröffentlicht wurden.

Der Rohgewinn ist um 28 Prozent gestiegen, der beste Beweis für die vermehrte Ausbeutung der Pucharbeiter. Sind die Löhne im selben Ausmaß als die Ausbeutung gestiegen? Wo bleibt der Anteil der Pucharbeiter am Millionen-Reingewinn?

Auffallend an diesem Ausweis ist die Steigerung der Zinsenlast von 90.000 S auf 208.000 S. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß die Finanzierung von Daimler, die 60 Prozent der Puchaktien besitzt, auf die **Kreditanstalt** und den **Wiener Bankverein**, die 25 Prozent der Aktien besitzen, übergegangen ist. Die zwei Haifische unter den Banken sind schon im Stande, etliche Millionen an Zinsen außer den Gewinnanteil, den sie durch den Aktienbesitz haben, zu verschlingen; versteht sich, alles aus dem Schweisse der Arbeiter.

So ähnlich ist es bei allen anderen Betrieben. Die Arbeiter können daraus ersehen, wieviel Millionen Schilling in den Taschen der Nichtsteuer und Parasiten geworfen wird.

Die Hauptlehre dieser Gewinnbilanz von

10 Milliarden 500 Millionen Kronen Jahres-Rohgewinn der Firma Puch, die aber, wie betonten es noch einmal, weit höher sein dürfte, für

die Arbeiter ist. **Kampf um höhere Löhne, Widerstand gegen die fortwährend ansteigende Ausbeutung.**

Die Steuerkrone arbeitet gut.

Die jährliche Belastung durch die Bundes- und Landessteuer ergibt nach der letzten Berechnung den Durchschnittsbetrag von

238-50 Schilling

pro Kopf der Bevölkerung. Die Besitzenden können die Steuerlast zum Teil auf die nichtbesitzende Klasse noch dazu abwälzen. Diese außerordentlich hohe Steuerbelastung ist eine der Ursachen, warum das österreichische Proletariat hungert, die Lage der Werktätigen in Österreich schlechter ist als in jedem anderen Lande.

Wie ist das möglich?

Die Arbeitslose Kern Maria, Gr. Nr. 24.874, Mutter eines 4jährigen Kindes, wurde vom Arbeitslosenamt als Wäscherin ins Restaurant Rurland geschickt, wo sie auch Sonntags waschen sollte. Weil sie ihr Kind an Sonntagen nicht den Kindergarten zur Obhut übergeben kann, denn diese sind an Sonntagen bekanntlich gesperrt, sie aber alleinstehend ist, versuchte sie, den Sonntag frei zu bekommen. Die „Gnädige“, eine Bourgeoisiedame, hatte aber kein Verständnis dafür, daß die Mutter sich über die Unterbringungs ihres Kindes über den Sonntag Sorgen machte. Im Gegenteil, sie nahm es der Mutter übel, daß sie nicht nur ans Waschen, sondern auch an ihr Kind dachte, weshalb sie dem Arbeitslosenamt mitteilte: „Die Arbeitslose hat keine Zeit“. Auf Grund dieser Äußerung der Besitzerin des Restaurant Rurland, Dietrichsteinplatz, wurde der Arbeitslosen ohne Rücksicht auf das Kind, für das sie allein aufkommen muß, die Unterstützung auf acht Wochen gestrichen. Das war bei der Schiedskommission. Wir haben dies schon einmal berichtet.

Auf einen ausführlichen Einspruch an die Industrielle Lenckskommission blieb es trotzdem beim achtwöchentlichen Unterstützungsentzug. Man bedenke, was dies für die Mutter und ihr Kind bedeutet. Acht Wochen der Mutter und dem Kind den letzten Bissen Brot aus dem Mund zu reißen. In der Schieds- und Industriellen Bezirkskommission sitzen Unternehmervertreter. Wenn diese eine Arbeitslosenmutter durch einen solchen Schiedsspruch an den Rand der Verzweiflung bringen und trotzdem sich keine Gewissensbisse machen auch dann nicht, wenn die Mutter vielleicht durch solch einen Schiedsspruch gezwungen ist, ihren Körper zu verkaufen, um das Kind vor dem Verhungern zu retten, so können wir das verstehen.

Unternehmerstandpunkt ist immer verkörperte Rücksichtslosigkeit. Was aber, wenn in diesen Kommissionen auch Arbeitervertreter sitzen und das ist der Fall und trotz ihrer Anwesenheit solche Beschlüsse über die Schwelle der Industriellen Bezirkskommission kommen? Man schüttelt den Kopf und fragt sich: „Wie ist das möglich?“ Sitzen sie vielleicht bei den Beratungen nur mit halben Ohr und schlaftrigen Augen, daß sie solches übersehen oder glauben sie den Aussagen der Unternehmer mehr als den Aussagen der Arbeiter, ihrer Klassengenossen, die sie in den verschiedenen Institutionen gesandt haben, damit sie ihre, die Arbeiterinteressen gegen die Unternehmerwillkür verteidigen. Der Fall der arbeitslosen Kern zwingt zu dieser Fragestellung. Das Muttergefühl, die Sorge um das Kind wurde mit 8 Wochen Unterstützungsentzug bestraft. Wo bleiben die Arbeitervertreter?

Wenn es einem unter ihnen ernst ist um seine Aufgabe, dann muß er jetzt noch diesen Fall einer Überprüfung zuführen, damit an der Mutter und ihrem Kinde das wieder gut gemacht wird, was die Industrielle Bezirkskommission an ihr verbrochen hat. Damit wäre allerdings nur eine Ungerechtigkeit unter vielen aus der Welt geschafft. Wir machen nämlich die Beobachtung, daß aus ähnlichen Anlässen schon Hunderte auf acht oder noch mehr Wochen die Unterstützung gestrichen wurde.

Uns ist z. B. ein anderer trauriger Fall in Erinnerung. Einer Mutter vor vier unversorgten Kinder wurde in der Provinz, weit auswärts wo eine Arbeit zugewiesen. Sie konnte weder ihre Kinder auf den Rücken nehmen, noch konnte sie die Kinder verlassen, wie zuweilen die Mütter ihre Jungen. Die Mutterpflicht machte ihr die Arbeitsannahme außer Graz unmöglich. Die Industrielle Bezirkskommission verurteilte auch diese Frau auf acht Wochen Unterstützungsentzug. Auch bei dieser Entscheidung war selbstverständlich ein Arbeitervertreter anwesend. Wir fühlen uns verpflichtet gegen diese Entscheidungen das öffentliche Gewissen zu mobilisieren, indem wir das Unrecht, das hier geschieht, aufzeigen. Es soll die Arbeitervertreter zum Nachdenken veranlassen, ob es denn nicht doch ihre Aufgabe wäre, wenn schon die Unternehmervertreter die Arbeitslosen zur Verzweiflung treiben wollen, sie diesem Beginnen entgegen zu treten haben. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß alle Arbeitslosen unserer Ansicht sind und uns zustimmen, wenn wir sagen: Die Arbeitervertreter in der Schieds- und Industriellen Bezirkskommission müssen der Willkür in diesen Instanzen entschieden entgegenzutreten als es bisher der Fall war.

Warum werden die Kontrollanten der Arbeitslosen-Hauptmieter mit „An“ gekempft?

Wir erfahren von mehreren Stellen, daß die Gemeinde Graz den Mietzinsauschuß für die Untermieter einstellen will. Demnach würden die arbeitslosen Untermieter monatlich einen Betrag, der einer Tagesunterstützung gleich kommt, weniger bekommen. Ausgerechnet die Untermieter die sowieso den Hungerriemen schon aufs äußerste Loch geschürt haben, da die Mieten ihnen kein Geld zum vegetieren mehr übrig lassen. Wir erwarten, daß darüber von kompetenter Stelle noch Aufklärung gegeben wird.

Die weiteren Pläne der Konterrevolution. Die wirtschaftlichen Hintergründe des Juligemeßels. Aus dem Zentralorgan der Komm. Partei (Opposition).

Daß die Konterrevolution das Juligemeßel veranstaltet hat aus machtpolitischen Gründen liegt auf der Hand. Sie wollte die Arbeiterkraft schwächen und sich stärken. Und die internationale Konterrevolution bereift sich, das von ihr inszenierte Blutbad nun auch im Weltmaßstab umzumünzen zur Hege gegen Sowjetrußland.

Hinter den machtpolitischen Motiven und Absichten standen und stehen natürlich wirtschaftliche Antriebe und Pläne.

Die Wiener Börse hat den Nord an den Massen beantwortet mit dem Steigen der Aktienkurse. Das ist mehr als eine Judikung vor Seipel und Schober. Das Finanzkapital spricht damit aus, daß es den Weg zu gesteigerter Ausbeutung der Arbeiter für geöffnet hält und nimmt die steigenden Profite, die es sich erwartet, in den höheren Kursen vorweg.

Als nächsten Schritt will die Bourgeoisie die **Raubzölle** die eine ungeheure Mehrbelastung des Proletariats darstellen, unter Dach und Fach bringen.

Als zweitnächsten Schritt will sie zum entscheidenden Angriff auf den **Mieterschutz**

übergehen.

Aber die Kapitalistenklasse hat noch viel weitergehende Pläne, insbesondere in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeiterchutz, sozialpolitische Errungenschaften, gewerkschaftliche Rechte und die Arbeitslosenrechte.

Was die Ausbeutung irgendwie einschränkt, das will sie beseitigen.

Das Juligemeßel ist für die Bourgeoisie nur eine Clappe. Darnach will die Toten begraben haben und trauern, brütet die Konterrevolution schon über neuen Blutplänen.

Kopf hoch! Die Toten leben in unserem Herzen als ewige Mahner. Mit ihrem Blut haben sie die Lehren dieser Julitage eingeschrieben in die Hirne der Arbeiter.

Kopf hoch! Kampf gegen die kapitalistische Auswertung des Juligemeßels!

Verhinderung der Raubzölle! Kampf um höhere Löhne! Ungeschmälerte Erhaltung des Mieterschutzes!

Mit dem politischen Kampf muß die Arbeiterkraft den Kampf verbinden für diese wirtschaftlichen Lösungen.

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit? Der proletarische Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Von Josef Frey.

Die Massenarbeitslosigkeit wirtschaftlich das Zentralproblem der Gesamtarbeiterschaft.

6. Fortsetzung.

Selbst im Proletariat wird die Arbeitslosigkeit gewöhnlich als Sache der Arbeitslosen betrachtet und behandelt. Sogar die Arbeitslosen selbst denken und handeln so. Aber ganz zuletzt beweist das: In ihren Zielen werden wir nicht stehen sie sich selbst faktisch

von der Betriebsarbeiterschaft. Die „Glücklichen“ aber, die das Glück haben, sich im Betrieb von den Kapitalisten ausbeuten zu lassen, haben (mit sehr seltenen Ausnahmen) im besten Falle die Auffassung: Man muß den armen Teufeln ihr Los erleichtern, schließlich kann auch ich „Glücklicher“ morgen aus dem Betrieb fliegen, also ist es gut, daß Vor-, morgen getroffen sind, damit dann auch mir das Los leichter ist. Diese Auffassung der Arbeitslosenfrage als der modernen

Armenfrage

beherrscht trotz aller schönen Worte das praktische Verhalten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung und durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftstaktik wird diese Auffassung in die Köpfe der Betriebsarbeiter gehämmert. So ist auch im Bewußtsein der Betriebsarbeiterschaft die Arbeitslosenfrage eine Armenfrage, zu deren Behandlung sie nach Kräften beisteuert.

In Wirklichkeit kommt alles, was heute zur Bänderung der Lüge der Arbeitslosen geschieht, ausschließlich aus den Taschen der Arbeiter. Bei der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung (29 Milliarden im Jahre 1926) ist das ohneweiters klar, ebenso bei den vielen Unterstützungen an Arbeitslose, die die Betriebsarbeiter bei verschiedenen Gelegenheiten betriebsweise leisten. Und die staatliche Arbeitslosenunterstützung? Nun, ein Teil wird den Betriebsarbeiter direkt als Arbeitslosenversicherungsbeitrag abgezogen; einen zweiten Teil leisten Staat und Gemeinden, die sich das mittels ihrer Steuern wieder von den Betriebsarbeitern hereinholen, wobei sie zu gleicher Zeit mittels derselben Steuern den Arbeitslosen einen großen Teil ihrer Arbeitslosenunterstützung wieder abknöpfen; den dritten Teil leisten die Unternehmer, das heißt sie ziehen ihn „unsichtbar“ vom Lohn ab und führen ihn dem Staat als „Unternehmerbeitrag“ ab.

Die Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit die Angelegenheit der Arbeitslosen sei, ist nicht nur vollkommen falsch, sondern sowohl für die Arbeitslosen wie für die Betriebsarbeiter, also für die Gesamtarbeiterschaft überaus gefährlich. Die Massenarbeitslosigkeit ist heute für die Gesamtarbeiterschaft eine der entscheidendsten Fragen überhaupt.

Wir dürfen uns nichts vormachen, sondern müssen die Tatsachen sehen wie sie wirklich sind.

Die Arbeiterklasse ist heute durch die Wirtschaft und Politik der Kapitalistenklasse in zwei Teile gespalten, da die 300.000 Arbeitslosen, dort die 900.000 Arbeitslosenkandidaten in den Betrieben, von denen jeder zittert morgen aus dem Betrieb zu fliegen.

Die Bourgeoisie setzt wirtschaftlich und politisch alles daran, diese Spaltung zu verbreitern, zu vertiefen, auszuwerfen. Die Massenarbeitslosigkeit ist eines der Hauptfundamente der kapitalistischen Wirtschaft und Politik.

Wird der Arbeiter arbeitslos, so sinkt sein Einkommen sofort (männ er Arbeitslosenunterstützung bekommt) auf ein Viertel seines bisherigen Einkommens. Was das bei längerer Dauer — die Mehrzahl der Arbeitslosen bleibt heute 1, 2 bis 3 Jahre ohne Arbeit — für den einzelnen Arbeitslosen und seiner Familie bedeutet, bedarf keiner Schilderung. Schließlich gibt es noch mehrere zehntausende Ausgesteuerte, die gar nichts bekommen. Das sind die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen.

(Fortsetzung folgt.)

Die internationale Kohlenkrise.

Zu den Haupterscheinungen der latenten Krise, in der sich der Kapitalismus befindet, gehört die Kohlenkrise, die jetzt einer neuerlichen Verschärfung entgegengeht.

Die Kohle ist durch Erdöl, Naphta und natürliches Gas verdrängt worden. Der Verbrauch an Kohle ist stark zurückgegangen.

Durch den Ausfall von 120 Millionen Tonnen Kohle während des englischen Bergarbeiterstreiks, trat die Kohlenkrise auf kurze Zeit in den Hintergrund, um jetzt im verstärkten Maße hervorzutreten.

Die Kohlenkrise ist eine Abfahrtskrise, was aus dem Rückgang der Weltkohlenausfuhr um 30 Millionen Tonnen, das ist 20 Prozent der Gesamtausfuhr, hervorgeht. Die Krise trifft die Länder je nach der prozentuellen Größe ihres Kohlenexport im Gegensatz zum Selbstbedarf. Am meisten betroffen von der Krise ist England und Deutschland, deren Kohlenausfuhr rund 20 Prozent der Produktion beträgt.

Für beide Länder ist die Kohlenkrise ein Kampf um den Markt. Dieser Kampf wird von beiden mittels Preisunterbietung geführt, um den Gegner vom Markt zu verdrängen. Um aber die Preise ohne Verlust unterbieten zu können, ist die Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter nötig. Der große Arbeiterstreik in England hat durch die Kapitulation des Generalkrats mit der Herabsetzung der Schichtlöhne um 16 Prozent und mit der Verlängerung der Arbeitszeit von 7 auf 8 Stunden geendet. Der Lohn eines englischen Bergarbeiters betrug im Jahre 1921 19 Schilling, heute nur noch 10 Schilling (englischer Währung). Trotz dieser großen Herabsetzung der Löhne arbeiten die englischen Bergbauindustriellen jetzt, wo die durch den englischen Bergarbeiterstreik verursachten hohen Preise wieder stark zurückgegangen sind, schon wieder mit Defizit so wie vor dem Streik.

Neuerlich fordern die Kohlenbarone die Herabsetzung der Löhne. Es gibt gegenwärtig 300.000 Arbeitslose Bergarbeiter, die übrigen Bergarbeiter arbeiten durchschnittlich 3 bis 4 Tage in der Woche. Von den Gruben, die nach dem Streik die Arbeit ausnahmen, haben bis jetzt 368 die Arbeit wieder eingestell. Dabei rechnet man mit der Sperrung von mehr als die Hälfte der Gruben.

Die Bergarbeiter Deutschlands sind neuerlich bedroht, Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit hinnehmen zu müssen. Vorläufig hoffen die Bergbauindustriellen mit diesen Mittel der Krise in ihrem Lande Herr zu werden und den Gegner durch einen wuteten Konkurrenzkampf von Markt zu verdrängen.

Ein anderes Mittel der Kapitalisten um der Krise Herr zu werden, daß früher oder später verwirklicht werden wird, ist das internationale Kohlenkartell, es hätte zwar nicht die Möglichkeit die Krise zu liquidieren, für die Kapitalisten aber den Vorteil die Preise zu diktieren. Hunderttausende arbeitslose Bergarbeiter und hohe Kohlenpreise wären neben der ungelösten Kohlenkrise das Resultat eines internationalen Kohlenkartells.

Nur ein allgemeiner großer Aufschwung der gesamten Weltwirtschaft könnte die Kohlenkrise lösen. Für einen solchen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft bestehen nicht die geringsten Aussichten; nur wenn die Produktion in den Händen des Proletariats sein wird, daß die sozialistische Wirtschaft aufbaut, wird die Kohlenkrise ihre Lösung finden.

Bis dahin müssen die Gewerkschaften durch den internationalen organisierten Kampf, die Löhne und sozialen Errungenschaften der Bergarbeiter zu sichern, daß Kapital zwingen, die Folgen der Kohlenkrise selbst zu tragen. Dieser Kampf, verbunden mit den Kampf um die Befreiung der Produktion, wird das Kapital von der Kohlenkrise in die Todeskrise führen.

Seipel

der katholische Prälat

steht an der Spitze der Brot- und Lebensmittelver-

teurer.

Tretet aus

aus der katholischen Kirche

deren Prälaten mit den Brot- und Lebensmittelwucherern ein festes Bündnis zur Ausbeutung der Werktätigen geschlossen haben. 13.000 sind in Wien seit dem 15. Juli aus der Kirche ausgetreten. Macht es nach!

Werdet konfessionslos!

Werdet Freidenker!

Aus dem Arbeiterleben

Bahnbau Feldbach-Gleichenberg.

Eine der ärgsten Mißstände in hygienischer Beziehung sind teilweise abgestellt, dafür sind aber die Arbeits- und Lohnverhältnisse noch immer miserabel. Antreiber und Prämienystem stehen im Vordergrund. Darüber schreibt uns ein Arbeiter vom Bauhof B.:

„Der Akkordant Egerer mit seinem italienischen Vorarbeiter ist ein Schindereyemplar. Während Egerer die Arbeiter im Kasernhofen der k. u. k. Monarchie mit Marsch-Marsch anbrüllt, treibt sein italienischer Kompagnon die Arbeiter durch fortgesetztes Pfeifen an, gleichsam er wäre in einer Hundebrennuranstalt. Gearbeitet wird willkürlich. Ein Teil 150 Stunden in 2 Wochen, ein anderer Teil kann nicht einmal die Regenschichten einarbeiten. Die Akkordarbeiten sind ein verwickeltes Prämienystem, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. So erhalten z. B. die einen pro Stunde S 1.13, andere S 1.08 und wieder andere S 1.04. Egerer will wahrscheinlich seinen Willenbestiz vergrößern und dazu erscheint ihm das Leutejchinden und Ausbeuten als das beste Mittel. Das wird aber nur so lange dauern, bis unsere Geduld zu Ende ist.“

Ein Erdmechaniker.

Von einem Mitarbeiter des „Mahnrufes“ wird uns noch berichtet: Infolge des Antreiberystems ereignen sich immer Unfälle. Noch dazu fehlt es an einer raschen Hilfsbereitschaft. Vor kurzem ereignete sich ein schwerer Unfall im Baurevier Trautmannsdorf. Der Arat Dr. Hornik wurde um 9 Uhr Vormittag verständig, und war um 2 Uhr Nachmittag „schon“ zur Stelle (!). Verwundete Proleten werden hier wie im Kriege als wertlose Ware behandelt. Wird einer krank, dann folgt meistens auch Entlassung. Es ist überhaupt die besondere Vorliebe der Ausbeuterklasse für ständigen Austausch auffallend. Das Syndikat bekommt für jeden Neugestellten 4 S und das wird der Grund sein. Als eine schufliche Lumperei des Syndikates empfindet die Arbeiterschaft die Einstellung des Frühjuges von Feldbach zum Arbeitsort. Alles in allem ist eben noch sehr viel für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu leisten. Organisiert sind alle, und nun ist die Situation reif, daß die Bauarbeiter den Kampf um Besserstellung der Löhne aufnehmen. Die Forderung findet ihre besondere Berechtigung, als die Arbeiter durch Feiertagslöhne direkt Hungerlöhne bekommen. Die Verheirateten können bei diesem Lohnniveau für ihre Familien absolut nichts erübrigen. Die Arbeiter des Bahnbaues sind alle zur Organisation gegangen, jetzt muß diese Einheit im Kampfe um Besserstellung ihre Anwendung finden. Die Gewerkschaftsleitung des Bauarbeiterverbandes muß die Führung des Kampfes übernehmen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ein neuer Mieterstreik am Horizont auftaucht.

Noch sind wir mit dem Ersten aus dem vierten Bezirk noch lange nicht fertig, taucht schon einer im fünften Bezirk auf, und zwar ist es der Herr Suppanitsch aus der Straußhausgasse 35. Dem Blute nach ist er mit dem vom 4. Bezirk zwar nicht verwandt, in seinem Verhalten den Mietern gegenüber ist er ihm aber wie ein Ei dem andern ähnlich. Reißt der vom 4. Bezirk die Hänke im Hof aus, damit den Parteien der Aufenthalt im Hof verwehrt wird, hat es der vom 5. Bezirk aus Hausdor abgesehen. Er hängte es aus, damit die Führer der Parteien zum Teufel laufen. Wenn ein Hausherr den Parteien das Leben bitter machen will, dann erfindet er aber noch mehr. So auch unser Mieterstreik vom fünften

Gerget, daß der „Mahnruf“ überall aufsteigt!

Bezirk, der sich sonst den Anstrich eines sehr biederen Schuhmachermeisters gibt. Eines abends als schon alles in tiefem Schlaf war und die eine oder andere Partei in dem Traume noch an den Mieterstreik Suppanitsch erinnert wurde, wandelte dieser im Hof herum, nahm die dort aufgestellten Wäschestangen der Parteien, schlich wie eine Kage in dunkler Nacht über den Dachboden und verflechte sie dort. Ein andermal wieder schlug er einigen Führer die Füße ab. Daß er wirklich das ist, als was wir ihn bezeichnen, ist auch daraus ersichtlich, daß er, wenn im Hof neben dem Brunnen ein Wasser vergossen wird, sogar um die Wache läuft und die Mieter in schmutzigen Ausfällen beschimpft. Schweine, Gefindel, Räuber, Mörder, Vagabund, Verbrecher, daß ist so sein Sprachgebrauch im Verkehr mit den Parteien. Die Mieter haben also alle Ursache, gegen den Abbau des Mieterstreikes sich zu wehren, denn eine Aufhebung des Mieterstreikes würde die Hausherrn noch um den letzten Rest ihres Verstandes bringen.

Der abgetafelte Hausherr.

Einen kleinen Vorgeschnack, wie es nach Aufhebung des Mieterstreikes aussehen würde, zeigt folgender skandalöser Vorfall. Im Hause Neubaugasse 56 wohnt ein gewisser Stehlich, welcher bis vor kurzem noch Besitzer dieses Hauses war. Er lebte in der beständigen Hoffnung, daß bald die letzte Stunde für den Mieterstreik schlagen wird. Er schwelgte schon in den Gedanken, die ihm dann aus den zwanzigtausendjährigen Friedensmietzinsen erblühen und verschmelzte sich dabei, bis aus dem Hausherrn ein Mieter wurde. Wenn der Alkohol sein hohes Ansehen im rötlichen Farbenglanz bis ins schönste violett erhellern ließ, nannte er seine Mieter stets die rote Vagabund. Jetzt, wo er nicht mehr Hausherr ist und an seine Stelle die „Steiermärkische Bank“ trat, setzt er seine Frechheiten noch immer fort. Er hat sich die Beschimpfungen der Parteien nicht abgewöhnt und ist noch dazu gemeingefährlich geworden. Als eine Partei um die Wohnung zu reinigen die Möbel auf den Gang stellte, verlangte er die Entfernung der Möbel. Als dies nicht geschah, stürzte er mit einer Hundspitze auf die Tochter der Partei los, und schlug sie wie ein jüdischer Kofal. Auf das Erscheinen mehrerer Männer, zog er es allerdings vor zu verschwinden. Seine Ehehälfte ist von derselben Art. Kindern gegenüber äußerte sie sich: „Seht raus aus dem Garten (der nicht mehr ihr gehört), sonst hau ich euch raus ihr rote Vagabund.“

Die gesamten Mitparteien, mit Ausnahme von zwei Stiefeldeckern des Hausherrn, verlangten in einer schriftlichen Beschwerde an die „Steiermärkische Bank“ die Kündigung dieses Peitschenhelden. Die Bank hat aber sehr viel Mitleid mit dem Hausherrn, weshalb die berechtigte Forderung der Parteien mißachtet wurde. Sie sagt, sie will nicht so hartnäckig sein. Der Peitschenheld hat aber als er noch Hausherr war, die Parteien undarmherzig auf die Straße geworfen. Die Parteien des Hauses Neubaugasse 56 bleiben auf ihren Standpunkt, mit dem meist besoffenen Peitschenheld nicht unter einem Dache wohnen zu wollen. Will die Bank dieser Forderung nicht Rechnung tragen, dann werden die Parteien andere Wege einschlagen, um von diesem Subjekt los zu werden.

Der Überfall auf die Versammlung der Opposition am 12. September.

Vorur wir auf den Versammlungsüberfall, der in der Arbeiterschaft nach Bekanntwerden, ein Gefühl des Abscheues ausgelöst hat, näher einzugehen, müssen wir zum Verständnis des Vorgefallenen weiter aus-

greifen. In der kommunistischen Partei gab es, wie in jeder anderen Partei Mitglieder, die mit der Politik der Führung nicht einverstanden waren. Zu diesen gehörten in der Bezirksleitung Graz unter anderem die Genossen Wagner, Pfreiß, Friedl und Koch. Die oppositionelle Strömung wurde in ganz Österreich aus der Partei gedrängt. In Wien befanden sich unter ihnen die Genossen Freg und Daniel. Sie konstituierte sich als kommunistische Partei (Opposition). Die Ortsgruppe Graz bekannte sich, was den alten Stand der Parteiarbeiter betrifft, zur Opposition. Arbeits blieben Cagram, (Weizer) Mader, Luderbauer, Aust und Fabian. Diese versuchten nun gegen die Opposition den Kampf aufzunehmen, was aber durchaus nicht mit politischen Argumenten gezielte. Diesen Weg der politischen Unständigkeit unter Arbeitern haben sie nicht beschritten. Sie nahmen vielmehr Leute in ihre Reihen auf, die das, was ihnen an Verstand und politischer Einsicht fehlte, mit Schlagringen und ähnlichen Schlagwerkzeug ersetzen sollten. Der augenscheinlichste Ausdruck dieser niedrigen verachtenswerten Gesinnung war der veruchte Überfall auf Genossen und Genossin Pfreiß zwei Tage vor der Nationalratswahl, wo circa 30 mit Stöcken und „Anderem“ schwer Bewaffnete, direkt zu einem Anschlag auf das Leben der Genannten bereit waren. Daß dies zu erwarten ist, beweist die Äußerung eines unter ihnen, dessen Namen wir nur mit Rücksicht auf die Polizei nicht nennen wollen, der zu Genossen Wagner sagte: „Paßt Dir was net, denn i Dir a Messa in Bauch“. Bei diesen Tiefstand, der an Apachenmethoden erinnert, ganz abgesehen vom politischen Unvermögen, war es nicht verwunderlich, daß die Sympathien der Arbeiter und der Arbeitslosen für sie ausblieben. Die letzten Versammlungen, die von der kommunistischen Partei einberufen waren (ganz zu unrecht legt sich die Gruppe Cagram diesen Titel bei, wir nennen sie Anarko-Kommunisten), legten von der schwindenden Sympathie auch Zeugnis ab. Die breiten Massen sind eben nachdenklich geworden, ob in einer Partei geundete Verhältnisse herrschen können, wo Genossen, die jahrelang aufopfernd gearbeitet haben und auch weiter arbeiten hinausgedrängt werden und eine Peze bis zur tatsächlichen Bedrohung geführt wird. Diese Ohnmacht, das Gefühl, immer mehr und mehr an Sympathien zu verlieren, treibt nun die Gruppe Cagram zu immer schmutzigeren Mitteln. Kolporteurs des „Mahnrufes“ werden überfallen, mit Messern bedroht, alten Invaliden droht man, den „Holzhoren“ auch noch abzuschlagen. Betriebsarbeiter, Familienväter werden angefallen und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Überfälle auf Genossen Pfreiß, Wagner, Koch und anderen Genossen der Opposition geplant sind. So kam es auch zum Überfall auf die Versammlung vom 12. IX. in der Ungergasse.

Wir schreiben dies, um aufzuzeigen wie heute die sogenannte „kommunistische Partei“ beschaffen ist. Die Opposition bedauert dies tief, weil dadurch die kommunistische Bewegung in den Rot gezerrt wird. Wir glauben überzeugt sein zu können, daß alles in der Arbeiterschaft, gleichgültig ob sie politisch unsere Anschauungen teilt oder nicht, mit uns eins ist darüber, daß das, was sich heute hinter Cagram als „kommunistische Partei“ deklarieren, diesen Namen nicht verdient, sondern ihn vielmehr beschmutzt. Zum Schluß appellieren wir noch an alle, besonders an die Arbeitslosen bei der Finanz, unterstützt unsere Kolporteurs, wenn Straüche sie täglich anfallen.

Die kommunistische Partei (Opposition)
Bezirksleitung Graz
Arbeitsgemeinschaft des „Mahnrufes“.

Wenig geschmackvoll!

Der „Arbeiterwille“ vom 7. September ist auf den kommunistischen Rechtsanwalt Rosenfeld schlecht zu sprechen, nennt seine Verteidigung „wenig geschmackvoll“, weil er dem Gericht einige derbe Wahrheiten ins Gesicht schiederte.

Ballade vom elektrischen Stuhl.

Von Johannes N. Deber.

Abgewegt sind die Riemen. Die Schnallen
Sind rostig, schwarzes Blut.
Der Boden ist aus Zement.
Erhöht steht der Stuhl.

Ein Licht scheint dort, wie ein Dotter
So gelb ist das Licht, gelb die Wand.
Und gelb ist die Tür, und der Griff
Aus Messing ist gelb und blank.

Die Fenster aus Milchglas. Kein Gitter
Ist hier mehr zu sehn. Woju?
Es ist kühl im Raum, wie Äther.
Es drückt die Kehle dir zu.

Ein Schirm. Eine marmorne Tafel
Mit Fedeln und Schaltern und Draht,
Am Boden ein Kabel,
Felm und Maske hängen daran . . .

Drei Minuten vor Mitternacht —
Es kommt den Gang entlang.
Ein Loter? Zum Leben erwacht?
Er wartet nicht lang.

Rahlgeshoren sitzt er im Stuhl.
Ein Priester übt Kniebeugen.
An den Wänden stehen herum
Die Ärzte und Zeugen.

Sie stülpen den Helm ihm auf
Und die Maske vor das Gesicht.
„Gerechtigkeit, nimm deinen Lauf“
Der Gefängnisdirektor spricht.

Der Leib wirft sich zuckend empor,
Klatscht brüllend nieder —
Die Riemen ächzen. Der Strom
Knattert und knackt in den Gliedern.

Strenge des „Mahnrufes“ spenden Beifall!

Die Lippen schäumend und blau,
Um den Kopf eine Wolke aus Dampf.
Das Blut verbrennt. Der Strom
Knistert und stampft.

Sie schnallen ihn los. Die Augen
Sind aufgelauten und hohl,
Im Mund die Zähne gebrochen.
Der Rumpf schwarz und verkohlt.

Drei Minuten nach Mitternacht —
Ein Zug steigt in der Ferne, als kräht
Ein Fahn. „Hallo, der Nächste!“
Es geht nach dem Alphabet.

Es kam eine Zeit, da wurden
Die Mauern aufgerissen,
Das Todeshaus
War durchlöchert von Schüssen.

Das Volk greift sich die Fenster
Und stößt dem Stuhl sie auf,
„F...nd Volk! Strom, los und braus“
D... nimm deinen Lauf!“

Fenster an Fenster kam daran,
Jeder kam an die Reihe.
Sie schnitten Grimassen, stießen
Bellende Schreie.

Der letzte der Fenster, mit Orden geschmückt
— Er war Präsident —
Er wankt zum Stuhl, die Knie geknickt,
Er betet und flennet.

„Wohlan! Versuch's mal, wie es schmeckt,
Auf Nimmerwiedersehen!
Mit dem letzten der Fenster, soll auch der Stuhl
In Feuer und Rauch vergehen!“

Im Namen der Republik!

Vor dem Bezirksgericht für Strafsachen Graz i ist heute in Gegenwart des Privatanklägers Karl Weiß, Bürgerchul- direktor i. R., des Angeklagten Albert Bineiß über die An- klage verhandelt worden, die der Privatankläger gegen Albert Bineiß, verantwortlichen Redakteur des „Mahnruf“, wohnhaft in Graz, Volksgartenstraße Nr. 4, wegen der Übertretung nach § 30 des Preßgesetzes erhoben hatte.

Aber den vom Ankläger gestellten Antrag auf Bestrafung hat das Gericht zu Recht erkannt: Der Angeklagte Albert Bineiß ist schuldig, er habe als verantwortlicher Redakteur der Zeitung „Der Mahnruf“ bei der Aufnahme des Artikels „Neues vom Wiener Schreck des IV. Bezirkes“ in der Nummer 23 der genannten Zeitung vom Juli 1927, dessen Inhalt die Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach dem XII. Haupt- stück des II. Teiles des Strafgesetzes begründet, jene Aufmerk- samkeit vernachlässigt, bei deren pflichtgemäßer Anwendung die Aufnahme des strafbaren Inhaltes unterblieben wäre, und habe hiedurch die Übertretung nach § 30 des Bundesgesetzes vom 7. April 1922, RStG. Nr. 218, aber die Presse begangen. Er wird gemäß § 30 zt. Ges. zu einer Geldstrafe in der Höhe von 10 S., falls uneinbringlich zu 48 Stunden Arrest und gemäß § 389 StGB. zum Entzage der Kosten des Straf- verfahrens und sämtlichen Strafvollzuges verurteilt.

Gemäß § 5, Abs. 2 des Preßgesetzes haften für die Geld- strafe und für die Kosten des Strafverfahrens der Eigentümer „Arbeitsgemeinschaft des „Mahnrufes“, Graz, Elisabethnergasse Nr. 20.“ und der Herausgeber Anton Koch, Graz, Fintengasse Nr. 3, zur ungekündeten Hand mit dem Bezurteilen.

Gemäß § 43, P. 9. wird auf Veröffentlichung dieses Ur- teiles in der Zeitung „Der Mahnruf“ erkannt. Die Veröffent- lichung auch in der ersten oder zweiten Nummer nach Rechts- kraft des Urteils in der im § 23 vorgeschriebenen Weise er- folgen, widrigenfalls die Zeitung nicht mehr erscheinen darf. Das Erscheinen jeder weiteren Nummer der Zeitung vor Er- füllung der Verpflichtung ist eine Übertretung.

Bezirksgericht für Strafsachen Graz, Abt. I,
am 5. September 1927.

Der Richter: Der Schriftführer:
Dr. Textnik m. p. Dr. Hörmann m. p.

Maniert den „Mahnruf“!

Sonntag, Elisabethnergasse 20 von 6 bis 8 Uhr: immer: Kaffee-Zusammenkunft mit Kartenverrechnung.

Banzerkreuzer Potemkin.

(Schluß.)

In Feodosija gelang es der Potemkin-Befazung, mit den städtischen Vertretern eine Vereinbarung zu treffen, nach der sich die Stadt zur Lieferung von Kohle, Wasser, Fleisch, Maschinöl, Tabak, Brot und Mehl verpflichtete.

Ein Teil wurde auch tatsächlich geliefert. Da- gegen wurden die Zivilbehörden durch den militärischen Kommandanten an der Lieferung von Kohle und Wasser verhindert.

Deshalb sah sich die Befazung des „Potemkin“ zu folgendem Ultimatum an den Kommandeur der Garnison von Feodosija gezwungen:

„In Anbetracht dessen, daß die Polizei und das Militär auf Ihren Befehl uns an der Versor- gung mit Proviant behindern und ihn konfiszieren, in Anbetracht dessen, daß wir nicht ohne Kohle und Schiffswasser auskommen können, kündigen wir Ihnen an, daß wir uns, falls das Genannte nicht bis morgen früh 6 Uhr hergestellt ist, genötigt sehen werden, alles, was wir brauchen, mit Gewalt zu nehmen.“

Den friedlichen Bewohnern gehen wir vier Stunden Zeit, um sich zu entfernen.

Die Mannschaft des revolutionären Panzerschiffes „Fürst Potemkin von Laurien.“

Gegen 10 Uhr abends fuhrn zwei Matrosen nach der Stadt, um die Ankündigung zu überreichen. Ein Mitglied der Verwaltung nahm sie in Empfang.

Am anderen Morgen beschloßen die Kameraden, unter Führung Matjuschkos eine Barke mit Kohle

zu requirieren. Da der Eigentümer damit einverstanden war, nahmen die Matrosen die Barke ins Schlepptau. Gerade, als die letzten die Dampfmaschine besteigen wollten, ertönten vom Kai aus Salven: Soldaten schossen auf die Kameraden. Ein Verwundeter fiel ins Wasser, ein Kamerad suchte ihn schwimmend zu retten.

Die Soldaten schossen . . . Die auf der Barke zurückgebliebenen Potemkin-Männer wurden verhaftet: Koschuba, der später in Sebastopol hingerichtet wurde, und andere.

Nitschkin, der „Evangelist“, war bereits tot, als man ihn aus dem Wasser zog. Die Dampf- maschine mit den Überlebenden ließ die Barke im Stich und erreichte „Potemkin“, der in voller Fahrt nach Konstantza zurückkehrte, wo er am 25. Juni nachts 11 Uhr zum zweiten Male vor Anker ging.

Der Hafen war erleuchtet. Am Ufer spielte eine Kapelle.

Matjuschenko fuhr mit einigen Kameraden ans Land, um mit Negru zu verhandeln. Auf die Frage, warum sie wieder zurückgekommen seien, antwortete er, daß sie sich nach dem Panzerkreuzer „Katharina II.“ und „Sinop“ umsehen wollten. Sie hätten gehört, daß auch auf diesen beiden Schiffen die Sache der Freiheit gesiegt habe.

Als die Maschinisten meldeten, daß die Dampf- kessel durch die Benutzung von Meerwasser fast un- brauchbar geworden seien, daß die Kohle zur Reize ginge, gab es keine Hoffnung mehr.

Die Bedingungen der rumänischen Regierung wurden angenommen: Kein Potemkin-Mann sollte ausgeliefert werden.

Matjuschenko verteilte den Inhalt der Schiffsk-ASSE: Jeder ohne Unterschied bekam die gleiche Summe: 80 Franken. Da eine Anzahl Matrosen bei der Ver- teilung nicht anwesend waren, übergab Matjuschenko den Rest an den Stabkommandanten von Konstantza, wie aus dem folgenden Schreiben des russischen Ge- sandten in Bukarest an das russische auswärtige Amt in Petersburg hervorgeht:

Bukarest, 30. Juni 1905.

Der rumänische Außenminister übersandte mir heute das beifolgende Paket mit 2431 Frank 80 Cen- times und einigen Säcken vierprozentiger Staats- rente, im Gesamtwerte von 800 Rubeln. In seinem Schreiben teilte mir General Lahovary mit, daß ihm diese Summe von dem Stabkommandanten von Konstantza übergeben worden sei, der sie aus den Händen des Potemkin-Matrosen Matjuschenko erhalten habe; Matjuschenko habe zu ihm bei der Übergabe folgendes geäußert: Er habe unter den Matrosen die Schiffskasse zu gleichen Teilen auf- geteilt. Da nicht alle Matrosen an Bord gewesen seien, liefere er hiermit den Rest ab . . .“

Die Potemkin-Männer verließen ihr Schiff, Tränen in den Augen.

Banzerkreuzer „Fürst Potemkin“ — Hort der Freiheit, Hoffnung des gequälten russischen Volkes, erstes Schiff unter der roten Flagge: Leb wohl!

Banzerkreuzer „Fürst Potemkin“ — treuer Kamerad vor Sebastopol, treuer Kamerad vor Zendra, treuer Kamerad vor Odessa: Leb wohl!

Leb wohl, Bruder Potemkin . . .